

Gemeinschaften darum zu tun sein, Spaltungen zu überwinden. Erst Mitte August hätte der Mitte November verstorbene Erzbischof von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, den Startschuß für ein sogenanntes „Catholic Common Ground Project“ zur Stärkung einer kirchlichen Mitte gegeben (vgl. HK, Oktober 1996, 497).

Bischof Pilla erwähnte in dem Zusammenhang auch die Möglichkeit, daß sich in den USA ein „Gegenreferendum“ bilden könnte. Die entsprechende Gegenaktion zum Kirchenvolksbegehren in Deutschland „Pro Kirche“ wurde inzwischen beendet. Ohne Auszählung übergab man die gesammelten Unterschriften dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*.

Während sich die Zahl der Länder, in denen das Kirchenvolksbegehren durchgeführt wird, weiter erhöhte, zeichnet sich in manchen Ländern ein nur vergleichsweise mageres Ergebnis ab. Anfang Dezember soll die Aktion in Großbritannien und Kanada beginnen – in Québec war dies bereits geschehen. Für Januar 1997 ist der Beginn in Portugal geplant. Die Anfang 1996 gestartete italienische Aktion ist offenbar nur mühsam angelaufen. Die französische Aktion „Nous sommes aussi Eglise“ stagniert bei rund 20 000 Unterschriften. Im wallonischen Teil Belgiens kamen 10 000 Unterschriften zusammen, im flämischen in drei Monaten nur 1500, in den Niederlanden in einem halben Jahr nur 2500 (vgl. de Bazuin, 11. 10. 96): „Keine

Zahl, über die man jubeln könnte“, meinte *Henk Baars*, Vorsitzender des niederländischen Komitees „Kerk hardop“.

Für das weitere Schicksal der gesamten Aktion bzw. der sich verfestigenden Bewegung(en) hängt in den kommenden Monaten einiges davon ab, inwieweit die beabsichtigte *internationale Vernetzung* der bestehenden Initiativen gelingt. Zugleich kommt man nicht umhin, sich auch weiterhin um die Schaffung fester Strukturen zu bemühen. Außerdem ist man weiterhin bestrebt, neue, nicht zuletzt öffentlichkeitswirksame Formen des Protests und der Präsenz zu entwickeln. Die Meßlatte – der relative Erfolg in Österreich und Deutschland – liegt allemal hoch. K. N.

## Weg in die Zukunft?

### Warum Bill Clinton wiedergewählt wurde

*Am gleichen Tag, an dem in Moskau Boris Jelzin am Herzen operiert wurde, haben die Amerikaner ihren Präsidenten gewählt. Bill Clinton ist nach Franklin D. Roosevelt, der 1944 zum dritten Mal wiedergewählt wurde, der erste Demokrat, der eine zweite Amtszeit im Weißen Haus antreten wird. Clintons Vorsprung war schon seit Monaten so groß gewesen, daß nie an seiner Wiederwahl gezweifelt werden mußte. Nachdenklich macht, daß die Wahlbeteiligung nur 49 Prozent betrug und die niedrigste seit 1924 war.*

„Thank you, and God bless America!“ Mit dieser Formel schloß *Bill Clinton* in Little Rock (Arkansas) um 11 Uhr abends – in New York war es Mitternacht und in Deutschland 6 Uhr früh am 6. November 1996 – seine Annahmerede vor jubelnden Anhängern und vor den Fernsehkameras. Die politische Anspannung war in angenehmer Weise übergegangen in eine anrührende Freudenfeier, als der Gewählte in dieser Stadt des „Bible Belt“, wo er seinen politischen Aufstieg begonnen hatte, sich mit seinem Wahlsieg zu identifizieren begann. Clinton gewann bei der *popular vote* mit 49 Prozent fast die Hälfte aller Stimmen (1992 nur 43 Prozent), *Bob Dole* 41 Prozent und der unabhängige Kandidat *Ross Perot* nur 8 Prozent (1992 noch 19). Bei der entscheidenden Wahl der Elektoren in den 50 Staaten (*electoral vote*) erhielt Clinton, der in 31 Einzelstaaten gewann, die überwältigende Mehrheit der *electors* (379 für Clinton, 159 für Dole).

Die Wahlbeteiligung war mit 49 Prozent die niedrigste seit 1924: der Präsident wurde lediglich von einem knappen Viertel der Wahlberechtigten gewählt. Gewählt wurde Clinton

vor allem von Frauen (54 Prozent, nur zu 44 Prozent von Männern), von den Leuten mit geringem Einkommen, von Latinos und Schwarzen, von Wählern unter 30 Jahren und von denen, die eine höhere Bildung haben. Das deutet hin auf eine Zusammenführung von Wählergruppen, die in den dreißiger Jahren die Roosevelt-Koalition gebildet hatten, welche man für längst zerbrochen gehalten hat.

Die am 5. November gewählten *electors* werden sich am 16. Dezember in den Hauptstädten der Einzelstaaten treffen und ihre Stimmen in versiegelte Urnen legen. Diese Urnen werden nach Washington D. C. gebracht und erst am 6. Januar 1997 in feierlicher Zeremonie im Kongreß gezählt werden. Das so festgestellte Ergebnis wird offiziell bekannt gemacht, und erst damit wird die Präsidentenwahl formell abgeschlossen sein.

Ganz im Sinne des amerikanischen Systems von *checks and balances*, das jede politische Macht durch eine Gegenmacht ausbalanciert, blieb der Kongreß in der Hand der Republi-

kaner. Im *Senat* haben die Republikaner nun eine Mehrheit von 55 zu 45 (bisher nur 53 zu 47). Die republikanische Mehrheit im *Repräsentantenhaus* – seit 1994 lag sie bei 235 zu 197 – hat sich nur um wenige Sitze verringert. Das politische Handlungsmuster der Jahre 1994–1996 wird sich also erst einmal bis ins Jahr 1998, wenn der Kongreß am ersten Dienstag im November neu gewählt wird, fortsetzen. In den Tagen nach dem 5. November drängten die amerikanischen Börsenkurse nach oben, was nur heißen konnte, daß auch die, die ihn nicht gewählt hatten, Clintons Wahlsieg goutierten.

---

## Der 42. Präsident bleibt im Weißen Haus

---

Um Clintons Wiederwahl ganz verstehen zu können, müssen wir nur knapp zwei Jahre zurückdenken. Wenige Wochen nach der letzten Kongreßwahl am 8. November 1994, die den Republikanern zu der Mehrheit im Senat auch noch die im Repräsentantenhaus gebracht hatte, schienen sich Clintons Chancen auf eine Wiederwahl in nichts aufgelöst zu haben. Unumwunden stellte *Martin Anderson*, Forscher der Hoover Institution, die eng mit der Stanford University verbunden ist, fest, es sei praktisch unmöglich, daß Clinton noch einmal gewählt werde. Der gleichen Meinung war *David W. Brady*, Volkswirtschaftler der Stanford University: „I believe Bill Clinton will be a one-term president“ (nur Präsident für eine Amtszeit). Und *John A. Ferejohn*, ein weiterer „Experte“ der Hoover Institution, ging noch den skeptischen Extraschritt weiter: Clinton werde im Jahr 1996 überhaupt nicht mehr wagen, sich um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten zu bemühen (The Hoover Institution Newsletter, Winter 1995, 8f.).

Doch dann hat das politische Schicksal, das nicht nur die Konservativen für Clinton erwarteten, den Republikaner Bob Dole ereilt. Der Televangelist *Pat Robertson*, an der wirkungslosen Kampagne der Republikaner schier verzweifelnd, erwartete schon im September den Wahlsieg Doles nur noch für den Fall, daß ein himmlisches Wunder geschehe. Dieses „Wunder“ ist tatsächlich eingetreten – nur hat es den falschen Kandidaten zum Sieger gekürt. Das könnte sogar noch etwas anders interpretiert werden: Pat Robertson, ohne es zu merken, als der evangelikale Prophet des Clinton-Wunders – *confusione prophetarum ratio populi et pauperum?*

Clinton hatte die Präsidentenwahl schon lange vor dem 5. November 1996 gewonnen. Nützlich war für Clinton seine geradezu charismatische Begabung gewesen, Erfahrungen der nationalen Trauer und politische Erfolge – auch wenn letztere sich post festum als heimliche Mißerfolge erwiesen – vor der amerikanischen Öffentlichkeit wirkungsvoll darzustellen. Ein Ereignis der ersten Kategorie war das Terrorattentat auf das Federal Building in Oklahoma City am 19. April 1995. Clinton tröstete die Nation. Er lud Kinder mit ihren Eltern ins Weiße Haus ein und versprach dabei die

harte Bestrafung der noch unbekanntem Täter. Am Sonntag nach dem Attentat nahm der Präsident mit seiner Frau an der Trauerfeier in Oklahoma City teil. Eine ganze Woche lang beherrschte Clinton – den Wahltag des 5. November 1996 schon damals fest im Auge – die Medien und über sie die Emotionen der Menschen, während die Opposition ebenso lange fast unsichtbar blieb.

Hohe Visibilität hatte Clinton erneut nach dem Bombenanschlag auf amerikanische Soldaten in *Dharan* am 27. Juni 1996 sowie nach dem Absturz von TWA-800 am 16. Juli 1996 vor der Küste von Long Island. Ohne eine Sekunde zu zögern, machte der Präsident den *Iran* für beide Vorfälle verantwortlich – nur daß es sich in Dharan wohl um saudische Islamisten und bei dem Flugzeugabsturz um einen technischen Defekt gehandelt hatte. Als großen nationalen Erfolg deklarierte Clinton den Verlauf der Olympischen Spiele von Atlanta. Das wurde in der nicht-amerikanischen Welt zwar keineswegs auf die gleiche Weise gesehen, drängte jedoch die profilierte Verwendung dieses von der Werbung beherrschten Sportfestes für Clintons Wahlkampf um so mehr auf.

Clinton war während seiner ersten Amtszeit zustatten gekommen, daß seine menschliche Verankerung in seinem Heimatstaat Arkansas stets wahrnehmbar blieb. Seine zur Schau gestellte Bodenständigkeit in einem Südstaat westlich des Mississippi zusammen mit dem *Nice Guy-Image* – Clinton joggte immer und überall, aß nach dem Gottesdienstbesuch am Sonntagmorgen Hamburger und unterhielt sich dabei mit Jugendlichen, spielte wohllosiert Saxophon und verstand sich auf einen bisweilen kumpelhaften Umgang mit einfachen Leuten – halfen, den Präsidenten für die Medien permanent interessant zu erhalten. Und für wen sich die Medien interessierten, für den interessierte sich auch die zeitunglesende und fernsehende Bevölkerung (The New Yorker, 8. Januar 1996, 30).

Im Blick auf den 5. November 1996 waren mehrere Bücher erschienen, in denen die Verlage darauf spekulierten, durch die Darstellung der privaten Affären Clintons, die nicht wenige waren, und exklusive politische Informationen Kasse zu machen. „Primary Colors“, wie eins dieser Bücher hieß, fand unter dem Titel „Mit aller Macht“ den Weg auch in die deutschen Buchgeschäfte, wo es im Stapel auf Käufer wartete, die sich die Bettgeschichten eines fiktiven Bewerbers für das Weiße Haus zu Gemüt führen wollten.

Die *Konferenz von Dayton* (November 1995), die einen komplizierten Friedensvertrag für Bosnien brachte, gab Clinton ein Thema an die Hand, mit dem er sich als erfolgreicher Außenpolitiker darzustellen gedachte. Der amerikanischen Bevölkerung ließ sich der amtierende Präsident solange als bedeutender Staatsmann vorführen, als die bosnischen Kriegsparteien unmutig stillhalten würden, die europäischen Staaten den Amerikanern das Bosnienthema für deren Wahlkampf überließen und außerdem unter den amerikanischen IFOR-Soldaten keine Todesopfer zu beklagen waren. Bereits die *State of the Union Message*, die vom

Präsidenten jährlich im Januar dem Kongreß über die Lage der Nation zu erstatten ist, griff am 23. Januar 1996 das Bosnienthema als politisches Werbeinstrument auf, das Clinton bis zum Wahltag nicht mehr aus der Hand legen sollte. *Bob Dole*, damals noch der Mehrheitsführer des Senats, antwortete auf Clintons Kongreßrede und bot sich schon zu diesem frühen Zeitpunkt – die Kandidatenkür der Republikaner für die Präsidentenwahl hatte noch nicht begonnen – als steifer, wenig überzeugender und alt wirkender Politiker dar.

## Ein typisch amerikanischer Wahlkampf

Clintons Wahlkampf war von mehreren Untersuchungsausschüssen begleitet, die Licht in die älteren Affären bringen sollten. Ein Zivilverfahren wegen *sexual harassment* (sexuelle Belästigung) vor einem unteren Gericht in Arkansas wurde im Juni vom *Supreme Court* – bis zu diesem höchsten Gericht hatten die politischen Gegner Clintons das Verfahren getragen – auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben, was Clinton erst einmal auf wunderbare Weise für die Dauer des Wahlkampfes entlastete. Die Untersuchungen und Verfahren wegen der Verstrickung beider Clintons in Kreditbetrügereien (*Whitewater-Affäre*), die in Arkansas geführt werden, kamen zwar sehr nahe an die Clintons heran, konnten sie aber nicht direkt in den Strudel der gerichtlichen Auseinandersetzungen hineinziehen.

Lange Zeit schien der *Hillary factor* die Gewähr zu bieten, daß sich die Chancen des Präsidenten auf die Wiederwahl minderten. Dazu kam auch noch ein offener Konflikt Clintons mit der *New York Times*. In ihr hatte der bekannte Kolumnist *William Safire* zu Beginn des Jahres 1996 Hillary Clinton als „geborene Lügnerin“ bezeichnet. In der robusten Art, wie jeder gute Ehemann westlich des Mississippi seine Ehefrau gegen üble Nachrede verteidigen würde, ließ Bill Clinton durch seinen Pressesprecher erklären: „Wenn der Präsident nicht der Präsident wäre, hätte er eine kräftigere Antwort auf Safires Nasenbein gegeben“ (*Süddeutsche Zeitung*, 11.1.96, 10). Welch ein Stoff den Medien durch diese edle Askese entging!

Keine der ihn verfolgenden Affären hat Clinton auf dem Weg zur Wiederwahl ernsthaft behindert. Clinton war zu einem „Teflonpräsidenten“ geworden, der *Ronald Reagan* auch schon gewesen war: keine der Affären, Anschuldigungen und erwiesenen Fehler blieb an dem selbstbewußt handelnden Präsidenten hängen. Doles Wahlkampfmanager verzweifelten daran, daß Clinton seine schillernde Schlitzohrigkeit beinahe schon zu einer Tugend werden ließ. Dazu kam außerdem die Feststellung, daß im Lauf der amerikanischen Geschichte noch nie ein verheißungsvoller Präsidentschaftskandidat wegen charakterlichen Mängel nicht gewählt wurde. Für den 5. November 1996 bedeutete das, daß die Amerikaner keinen Heiligen wählen wollten, sondern einen Präsidenten, der handlungsfähig ist und der Erwartung auf eine günstige politische Zukunft nicht im Wege steht.

Diese Grundeinstellung der Bevölkerung vorausgesetzt, baute Clinton über die langen Monate gut kalkulierte und geschickt plazierte Werbeimpulse für jeweils verschiedene Bevölkerungsgruppen in seinen Wahlkampf ein. Den kritisch denkenden Intellektuellen hatte es schon im Sommer 1995 gefallen, daß Clinton die Herausgabe einer Briefmarke untersagte, die mit dem kaltschnäuzigen Aufdruck „August 1945: Atombomben beenden den 2. Weltkrieg“ und mit dem Bild eines aufsteigenden Atompilzes, vor dem das Bombenflugzeug in einen rotglühenden Himmel davonfliegt, an die Atombombenabwürfe auf Japan vor fünfzig Jahren erinnern sollte. Den andersgerichteten Erwartungen der militärisch gesinnten Bevölkerung entsprach Clinton dann doch, als er am 13. Januar 1996 die amerikanischen IFOR-Truppen in Tuzla besuchte.

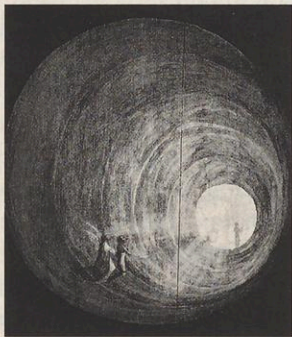
Der Football-Mannschaft der Dallas Cowboys gratulierte er am 27. Januar 1996 telefonisch zum Gewinn der *Super Bowl*, und die Olympischen Spiele von Atlanta deutete Clinton nachträglich zu den „besten Spielen aller Zeiten“ um: das waren zwei starke Sympathieerklärungen an die sportbegeisterten Amerikaner. Die konservativen, an den „family values“ festhaltenden Bürger schließlich wurden kurz nach dem 50. Geburtstag des Präsidenten am 19. August in einem Interview auf CNN mit der Neuigkeit überrascht, daß das Präsidentenpaar nach der Novemberwahl ein Kind adoptieren wolle. Das war der Wahlkampf des „Promise now, pay later“ (versprich jetzt, bezahle später) in Vollendung. Alle Wähler von links bis rechts, die Liberalen und die Konservativen waren die Adressaten von Clintons Werbebotschaften. Die Folgen sind bekannt: der 73jährige Bob Dole hatte gegen diese Totaloffensive Clintons keine Chancen.

Die elegante Flexibilität, die Clintons Wahlkampf prägte, darf nicht mit politischer Prinzipienlosigkeit verwechselt werden. Angesichts des von den Republikanern beherrschten Kongresses und unter dem öffentlichen Druck der vereint auftretenden Abtreibungsgegner wäre es nämlich eine große Versuchung für Clinton gewesen, sich gerade im Wahljahr beim Thema Abtreibung kompromißbereit zu zeigen. Diese Gelegenheit war auch gegeben, nachdem der Kongreß am 27. März 1996 ein Gesetz beschlossen hatte, das die Abtreibung nach der 20. Schwangerschaftswoche (*partial-birth abortion*) grundsätzlich verbot und lediglich für die wenigen Fälle, wo das *Leben der Mutter* bedroht war, eine Ausnahme zuließ. Diese Ausnahmeregelung war vom Senat in einen Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses von 1995 eingefügt worden, um dem Präsidenten so ein kleines Stück entgegenzukommen und ihn in einen Kompromiß hineinziehen.

Schon früh im Gesetzgebungsverfahren hatte Clinton dem Kongreß angezeigt, daß er auf der Zulässigkeit der *partial-birth abortion* auch in den Fällen, in denen die *Gesundheit der Mutter* gefährdet ist, bestehen werde, andernfalls er sein Veto gegen das Gesetz einlegen wolle. Dementsprechend legte der Präsident sein Veto gegen das Gesetz ein, was sofort zu heftigen Protesten der Abtreibungsgegner führte. (Vgl. *Catholic New York*, 2. Mai 1996, 7 und 17.)

# Gott finden im Alltag

Johannes B. Brantschen  
**Hoffnung  
für  
Zeit und Ewigkeit**



*Der Traum von wachen  
Christenmenschen*

Herder

160 Seiten, gebunden mit  
Schutzumschlag, DM 26,80  
öS 196,- /SFr 27.80  
ISBN 3-451-22850-5

Die Hoffnung ist der Angelpunkt des christlichen Glaubens. Oft freilich war sie von Höllenangst überschattet, nicht selten ist sie zur Vertröstung auf den Himmel verkommen. Brantschen spricht von der christlichen Hoffnung so, daß ihre befreiende Kraft im Leben spürbar wird. Jenseitsvorstellungen und Hoffnungsbilder der christlichen Tradition konfrontiert er mit den Fragen heutiger Menschen. So buchstabiert er die alten Bilder des Glaubens und der Hoffnung neu.

## Herderbücherei

Johannes B. Brantschen  
**Gott ist größer  
als unser Herz**  
Auf den Spuren  
seiner Zärtlichkeit



128 Seiten, Paperback,  
DM 10,80 /öS 79,- /SFr 11.80  
Herderbücherei Band 1789  
ISBN 3-451-08789-8

Das wohl schönste und eindrucksvollste Gleichnis Jesu erzählt Unerhörtes und unerhört Befreiendes: Gott ist nicht der zürnende und strafende Vater, wie ihn noch immer manche sehen. Es gibt vor ihm nicht *einen* verlorenen Menschen. Jedem steht die Tür offen, wer er auch sei, was er sich auch vorzuwerfen hat. Nur eines ist notwendig: das Hartnäckigste loszulassen, was uns anhaften kann – die Selbstgerechtigkeit. Die Mitte der Botschaft lautet: Gott ist – wider jedes Erwarten und jede menschliche Borniertheit – größer als unser Herz.

In jeder Buchhandlung!

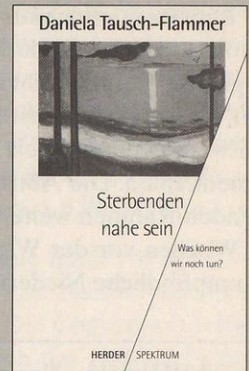
# HERDER

## Das Taschenbuch mit Linie



**Band 4506, DM 16,80  
öS 123,- / SFr 16.80**

Die persönlichsten Texte des großen Mystikers. Der zweite Band der völlig neu übersetzten Gesamtausgabe in fünf Bänden.



**Band 4508, DM 17,80  
öS 130,- / SFr 17.80**

Im Umgang mit sterbenden Angehörigen sind wir oft hilflos. „Wichtige Hinweise und Denkanstöße, ein Muß“ (Hospizbewegung).



**Band 4505, DM 18,80  
öS 137,- / SFr 18.80**

„Ein Buch wie eine Tür, die sich unverhofft auftut“ (N. Y. Times). Ausgezeichnet als UNESCO-Buch des Jahres.



**Band 4515, DM 19,80  
öS 145,- / SFr 19.80**

„Ich möchte den sehen, der dieses Buch in die Hand nimmt und nicht in einem Zug durchliest“ (Doris Lessing).



**Band 4497, DM 16,80  
öS 123,- / SFr 16.80**

Über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Tibets und die Vision eines weltumfassenden Friedens aus dem Geist des Mitgefühls.



**Band 4503, DM 16,80  
öS 123,- / SFr 16.80**

Die spannungsvolle Situation des Menschen vor der Jahrtausendwende. Das faszinierende Portrait eines Grenzgängers.

Das aktuelle Taschenbuch-Gesamtsverzeichnis erhalten Sie kostenlos bei: Verlag Herder, Frau Thomann, 79080 Freiburg

# HERDER / SPEKTRUM neu

Das Repräsentantenhaus wies Ende September das Veto Clintons mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zurück. Der gleiche Versuch scheiterte jedoch eine Woche später im Senat, als bei einem Abstimmungsverhältnis von 57 zu 41 die zur Zweidrittelmehrheit benötigten 67 Stimmen nicht zusammenkamen. Die Abtreibung blieb somit in dem seit 1973 geltenden Rahmen weiterhin erlaubt, und Clinton hatte wenige Wochen vor der Wahl dem republikanischen Kongreß eine empfindliche Niederlage beigebracht.

### Das schillernde „Second to none“

Clintons Argumentation kehrte während des Wahlkampfes immer wieder zu der Macht reklamierenden Formel „Second to none“ – explizit ausgesprochen oder auch nur hinter vorgehaltener Hand leise angedeutet – zurück. Kein anderer Staat dürfe stärker sein als die Vereinigten Staaten, und regelmäßig versprach Clinton bei seinen öffentlichen Erklärungen, nach seiner Wahl alles zu tun, damit es auch in Zukunft so bleiben werde.

Ein Teil dieser imperial klingenden Rhetorik darf auf die Wahlkampfesituation zurückgeführt werden, weil Clinton sich gegen die Vorwürfe Doles, er vernachlässige die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten bei einer Fortschreibung der Abrüstungspolitik und sei darüber hinaus zu nachgiebig in seiner Politik gegenüber Moskau, zu behaupten hatte. Unabhängig davon gilt aber auch für Clinton, den 42. Präsidenten der Vereinigten Staaten, in einem allgemeinen Sinne das, was für das Selbstverständnis derer, die Weltmächte leiten, grundsätzlich gilt. Im Stil des *Second to none* denken und sprechen die Führer von Super- und Großmächten gern. Es befriedigt die naiven Erwartungen breiter Bevölkerungsschichten, sofern sie zu Großmächten gehören, auf vollkommene Weise. Die Machtposition des eigenen Landes wird lieber unkritisch und demokratiewidrig überhöht, als daß sie mit anderen Staaten geteilt oder gar zur Disposition gestellt wird.

Eine zweite Facette des *Second to none* wurde – wie schon beim Terroranschlag von Oklahoma City ein Jahr zuvor – nach dem Absturz von TWA-800 am 16. Juli 1996 erkennbar. Um die zutiefst erschrockene Nation zu trösten, gelobte der Präsident die gnadenlose Verfolgung der Attentäter. Als vermeintlicher Täter war der Iran schnell ausgemacht. Eine Terroristenjagd ließ sich mangels Beweises jedoch nicht auslösen, und alle amerikanischen Drohgesten verloren sich in einer unpräzisen Beliebigkeit. Das *Second to none* war in den Tagen, als die Opfer vor Long Island aus dem Atlantik geborgen wurden, zu einer Formel größter Hilflosigkeit geworden. In dem Moment, wo die überzeugende *leadership* des Präsidenten gefragt war, verwies dieser im Dunstkreis der wiedererwachten nationalen Traumata immer nur vage auf den Angstgegner Iran, ohne vom FBI schlüssige Beweise für dessen Täterschaft geliefert zu bekommen. *Second to none* war zu einer Leerformel geworden. Die *leadership* des

Präsidenten reduzierte sich ausschließlich auf die rituelle Verwaltung der nationalen Trauer.

Die imperiale Dimension des *Second to none* trat im *Helms-Burton-Gesetz* (am 12. März 1996 vom Präsidenten unterzeichnet) und im *D'Amato-Gesetz* (unterzeichnet am 15. August 1996) erneut scharf in den Vordergrund. Das *Helms-Burton-Gesetz* (euphemistisch *Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act* – LIBERTAD – genannt) war von der republikanischen Mehrheit mit breiter Unterstützung demokratischer Parlamentarier durch den Kongreß gebracht worden. Vordergründig war es die Antwort auf den Abschluß zweier Zivilflugzeuge, die von Exilkubanern gesteuert wurden und unmittelbar außerhalb oder bereits innerhalb des kubanischen Luftraums ins Meer stürzten. Das Helms-Burton-Gesetz verhängte Sanktionen gegen ausländische Firmen, die in Kuba investieren und dabei Industriebesitz nutzen, der vor der kubanischen Revolution Amerikanern (auch naturalisierten Exilkubanern) und amerikanischen Firmen gehörte. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Europäische Union sowie Kanada und Mexiko als Washingtons Partner in der Nordamerikanischen Freihandelsorganisation (NAFTA) protestierten gegen diese beispielslose Verletzung internationalen Rechts und erwogen Schiedsverfahren vor der Welthandelsorganisation (WTO), gegen deren Regeln LIBERTAD verstieß. Die Außenminister der EU beschlossen am 1. Oktober 1996, nach der Präsidentenwahl ein Schiedsverfahren bei der WTO gegen das Helms-Burton-Gesetz einzuleiten.

Das D'Amato-Gesetz übertrug seinerseits die Prinzipien von LIBERTAD auf die internationalen Investitionen, die in Iran und Libyen getätigt werden. Die zwingende Folge ist, daß die Volkswirtschaften nicht-amerikanischer Staaten jeweils dann destabilisiert werden, wenn aus ihnen heraus in Kuba, Iran und Libyen – also in den Ländern der drei amerikanischen „Erzfeinde“ – investiert wird.

Diese neue amerikanische Anti-Terror-Politik, die sich 1996 durchsetzte, darf nicht mehr als bloßes Nebenprodukt eines Wahlkampfes à la américaine unterschätzt werden. Die beiden Gesetze, die unter Helms-Burton und D'Amato geführt werden, zeugen von einem Imperialismus der USA, der jede internationale Partnerschaft auf Dauer zur Disposition stellen wird. Helms-Burton und D'Amato bedeuten „Second to none at its worst“. *Die Presse* aus Wien fühlte sich durch die Anti-Terror-Politik, welcher der republikanische Kongreß und der demokratische Präsident vereint Gesetzeskraft verliehen, erinnert „an neokolonialistisches Gehabe einer Supermacht, die plötzlich die Rolle des Weltpolizisten wiederentdeckt hat“ (nach Süddeutsche Zeitung, 8.8.96).

Das *Second to none* ist in der Form der bloßen Worthülse wie als Lieblingsformel amerikanischer Großmachtspolitik unglaubwürdig und zerstört internationales Vertrauen. Problematisch ist auch, daß amerikanische Politiker die negativen Außenwirkungen des imperial genutzten *Second to none* nur selten erfassen. Es verleitet zu einer international nicht mehr koordinierbaren und zu einer affektgeleiteten –

also auch angstgeleiteten – Politik, die ihrem Grundmuster nach gelegentlich dem Drehbuch mittelmäßiger Wildwestfilme entnommen zu sein scheint.

Während die Republikaner immer noch auf die Charakterfrage starrten und hofften, daß über sie Clintons Chancen für eine Wiederwahl zerstört würden, nutzte der Präsident die Handlungsmöglichkeiten, die ihm sein Amt gab, konsequent aus. Die *Konferenz* der Regierungschefs der *G-7-Staaten* vom 27. bis 29. Juni in Lyon lag zeitgünstig zwischen dem Ende der Primaries und den Wahlparteitagen im August. In Frankreich handelte und sprach Clinton ausschließlich für die Fernsehzuschauer daheim. Er joggte im südfranzösischen Sommer und erwies sich als Freund der neben ihm am Konferenztisch sitzenden Staatsmänner, die mit stillem Ingrimm wahrnahmen, daß sie zu Statisten des amerikanischen Medienzirkus geworden waren.

Der Kongreß verabschiedete am 31. Juli 1996 unter aktiver Beteiligung Clintons ein *neues Sozialhilfegesetz*, das die sozialpolitischen Errungenschaften der demokratischen Präsidenten F. D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson wie mit einem Federstrich abschaffte. Clinton charakterisierte seine Sozialpolitik, die von dem Willen beherrscht war, durch Einsparungen eine Verringerung des Haushaltsdefizits zu erreichen, als „bipartisan“ (parteiübergreifend). Die Republikaner, noch vor ihrem Wahlparteitag in San Diego stehend, hätten in diesem Clinton den idealen republikanischen Kandidaten entdecken können, den es im Wahljahr 1996 für sie gab. Aber leider war Clinton immer noch Demokrat. Beides zusammen – idealer Republikaner und überzeugter Demokrat zugleich – machte Clinton schon im August zum unschlagbaren Kandidaten für die Wahl am 5. November.

---

## Zuletzt hatte Clinton leichtes Spiel

---

Robert Dole trat am 15. Mai 1996 als Mehrheitsführer des Senats zurück, um sich ganz seinem Wahlkampf zu widmen: „Entweder gehe ich ins Weiße Haus oder nach Hause“. Daß Dole am 5. November so deutlich scheiterte, war angesichts seiner Lebensleistung zwar partiell tragisch, aber dennoch unvermeidlich. Unabhängig davon, daß allein schon die politische Ausgangssituation Clinton begünstigte, wurde der Generationsunterschied zwischen beiden Kandidaten das wichtigste Unterscheidungsmerkmal, das die Wähler Clinton zutrieb.

Dole war am Wahltag 73 Jahre alt – der älteste Kandidat, der sich jemals um die Präsidentschaft beworben hatte. Bill Clinton feierte am 19. August bei aufwendigen Feiern mit großem Publikum seinen 50. Geburtstag. Doles Alter wurde schon früh als „wertmindernd“ eingeschätzt und laufend unter dem Schlagwort „ageism“ (Vorbehalte haben gegenüber einer Person wegen ihres Alters) diskutiert. Eine Umfrage für CBS/New York Times ermittelte im Juli, daß mehr als ein Drittel der Amerikaner den Bewerber Dole als zu alt für das Weiße Haus ansahen. *David Letterman*, einer der Come-

dians mit werktäglich ausgestrahlten Spätabendsendungen, unterhielt sein Publikum mit einem bitter-wahren Monolog über Dole. Bob Dole nenne sich einen Optimisten, hob Letterman an. „Das verstehe ich, wo doch viele Leute ein Glas als halb leer wahrnehmen. Bob Dole aber sieht das Glas und sagt: ‚Welch ein tolles Gefäß, um meine Zähne drin aufzubewahren‘“ (New York Times, 5.5.96, Section 1, 1).

Clintons Vorsprung gegenüber Dole hatte vor der Convention der Demokraten in Chicago (26. bis 29. August) regelmäßig 10 bis 15 Punkte betragen. Die Convention selbst war bunt, laut und zeichnete sich durch das übliche Pathos der Oberflächlichkeit aus, das bei Wahlparteitagen in USA obligatorisch ist. Clinton hatte seine Annahmerede unter das Motto „Wir befinden uns auf dem richtigen Weg ins 21. Jahrhundert“ gestellt. Prompt war dieses Motto in den folgenden Wochen auf die Busse geschrieben, in denen Clintons Wahlkampfkarawane durch das Land rollte. Im September lag Clinton bei fast allen Umfragen mit 20 Punkten vor Dole. Einen so großen Rückstand hatte ein Kandidat noch nie bis zum Wahltag aufholen können.

---

## Das erfolglose Abenteuer im Irak blieb ohne Konsequenz

---

Anfang September, wenige Tage nach der Convention der Demokraten, kam es zu einem Kräftemessen zwischen Clinton und *Saddam Hussein*. Am 3. September ließ Clinton ohne überzeugende Rechtsgrundlage und ohne Konsultation des Weltsicherheitsrats irakische Militäranlagen angreifen. Verstärkungen wurden in die Golfregion geflogen, und unter massiven Drohungen setzten die USA eine Ausdehnung der Flugverbotszone gegen Saddam durch. Manche Beobachter meinten, daß Clinton diese militärische Auseinandersetzung gesucht habe, um sich den Amerikanern als „Kriegspräsident“ zu empfehlen. Auf den zweiten Blick wurde jedoch sichtbar, daß die Konfrontation mit dem Irak dilettantisch vorbereitet war und die CIA bei ihrer eiligen Flucht aus dem irakischen Kurdistan einen herben Ansehensverlust erlitt. Es hielt sich trotzdem der Eindruck, daß Clinton dem gehaßten Saddam die Faust gezeigt hatte. Die feinen Bewertungsunterschiede blieben für die Mehrheit der Amerikaner ohne Bedeutung. Das erfolglose Abenteuer im Irak tat Clintons Popularität keinen Abbruch.

Der mühsame *Friedensprozeß* zwischen *Israel* und den *Palästinensern* war das stets bemühte Hauptargument, wenn es um die außenpolitischen Erfolge Clintons ging. Als Netanjahu am 24. September einen antiken Tunnel in der Jerusalemer Altstadt öffnen ließ, kam es zu intifadaähnlichen Auseinandersetzungen. Der am 1. und 2. Oktober im Weißen Haus eilig abgehaltene Nahostgipfel blieb ohne Ergebnis, was auch für daran angeschlossene Gespräche in Israel galt. Die Meinungsumfragen zeigten, daß die Bevölkerung Clintons Einsatz für den zerbrechenden Friedensprozeß aner-

kannte: die amerikanische Fairneß ließ nicht zu, die ehrlichen Bemühungen des Präsidenten durch eine Veränderung der eigenen Präferenz auch noch zu bestrafen. Die Besorgnisse über eine *Führungskrise in Moskau* entwickelten sich zu einer zusätzlichen Wahlhilfe für Clinton. Unbestätigte Quellen wollten wissen, daß Jelzins Herz inoperabel sei und daß die verschobene Bypassoperation nur das Warten auf ein Spenderherz kaschiere. Erneut erschien Clinton im Vergleich mit Dole als der bessere Politiker mit überprüfbarer Amtserfahrung im Weißen Haus.

Im Oktober war eine *Idealsituation* für die amerikanische Volkswirtschaft entstanden. Das Wirtschaftswachstum lag im 2. Quartal mit 4,7 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im 1. Quartal. Es wurde bekannt, daß das Realeinkommen im Jahr 1995 zum ersten Mal nach 1989 wieder gestiegen war (um 2,7 Prozent) und daß sich die Zahl der Armen um 1,6 Millionen auf 36,4 Millionen verringert habe. Die Inflation betrug nur noch 2 Prozent (1991: 4,2). Die Arbeitslosigkeit war auf fast 5 Prozent gesunken, was in den USA als Vollbeschäftigung gilt. Der vermutete weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit löste bereits Inflationsängste aus. Ein geringer Anstieg der Arbeitslosigkeit in den ersten Oktobertagen nahm die Inflationsängste weg und löste sofort einen Anstieg des Dow-Jones-Index auf knapp 6000 aus. Wirtschaftliche Entwicklungen vollziehen sich langfristig, was bedeutet, daß Clinton nicht der alleinverantwortliche Vater dieses Booms war. Der Boom stand jedoch kurz vor dem 5. November 1996 fest: Bill Clinton erschien wie der moderne König Midas, dem alles, was er anrührt, zu Gold wird.

---

## Was ist der richtige Weg ins 21. Jahrhundert?

---

In der Annahmerede am 29. August hatte Clinton von diesem „richtigen Weg in die Zukunft“ gesprochen. Für den Höhepunkt des Wahlkampfes hatte diese Werbeformel genügt. Bis zum 5. November genügte auch die Erfolgsmeldung, daß das Realeinkommen aller privaten Haushalte 1995 um 2,7 Prozent gestiegen und die Zahl der Armen um 1,6 Millionen gesunken sei. Zurück geblieben waren nur noch 36,4 Millionen Amerikaner, die unterhalb der Armutsgrenze lebten. „Nur noch“ 36,4 Millionen Arme im großen Amerika?

Bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 260 Millionen bedeutet das, daß jeder Siebente in USA als „Armer“ geführt wird. Dann kann es auch jedem Sechsten, vielleicht auch schon jedem Fünften wirtschaftlich nicht besonders gut gehen. Wenn dann noch berücksichtigt wird, daß sich auf den drei letzten Plätzen dieser statistischen Siebenergruppe die Amerikaner schwarzer und brauner Hautfarbe häufen, dann wird aus einem Problem der Sozialpolitik, die es mit den Armen zu tun hat, auf einmal das quälende Problem der nach Rassenzugehörigkeit zerklüfteten amerikanischen Gesellschaft.

Die Kette der Brandstiftungen in schwarzen Kirchen war in den Monaten des Wahlkampfes nicht einzudämmen gewesen.

In Arlington (Texas) brach ein Schulkonflikt zwischen schwarzen und weißen Eltern aus, als sich die schwarzen Eltern gegen eine Passage in einem Geschichtsbuch der 7. Klasse wandten, in der die Sklaverei als von Gott gewollt und als Segen für Weiße und Schwarze erklärt wurde. In Arlington wurde die umstrittene Seite aus dem Geschichtsbuch entfernt. In Hunderten anderer öffentlicher Schulen in Texas ist das inkriminierte Buch immer noch in Gebrauch. Wie es sich mit diesem Geschichtsbuch in den Privatschulen in konservativ-kirchlicher Trägerschaft verhalten mag, muß erst gar nicht eigens gefragt werden.

Im Juni 1996 beklagte Amnesty International die exzessive Brutalität der New Yorker Polizei im Umgang mit farbigen Verhafteten. Im Juli 1996 beklagte die Internationale Juristenkommission in Genf die Verhängung willkürlicher und rassistischer Todesstrafen in USA. Wer den Film „Dead Man Walking“ sah, wird sich erinnern können. Als Nachhall auf diesen Film hatte die New York Times am 28. April 1996 einen Artikel des ehemaligen Richters am Supreme Court, *William J. Brennan*, gedruckt, in dem dieser die Todesstrafe als Verletzung der Verfassung bezeichnete.

Wahlkampfbegleitend weigerten sich die USA, sich an internationalen Maßnahmen zum globalen Klimaschutz zu beteiligen. Fällige Beiträge an die UNO wurden immer noch nicht überwiesen. Die Klage darüber, daß die USA sich nicht genügend an der internationalen Entwicklungshilfe beteiligten, war nur die Parallele zu der neuen Gesetzgebung, welche die Sozialhilfe im eigenen Land wegen der Verringerung des Budgetdefizits kürzt. Der Abbau der Sozialhilfe heißt vor allem weniger Sozialhilfe für die schwarze Armut. Die schwarzen Armen werden noch ärmer. Für sie gibt es weniger Lehrer, weniger Bildung und noch weniger Aufstiegschancen. Dafür wird es jedoch mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Morde und am Ende der Reihe wieder mehr Todesurteile geben. Wo sind nur die 2,7 Prozent geblieben, um die das Realeinkommen im Jahr 1995 gestiegen war?

Vizepräsident *Al Gore* stand vier Jahre lang ein für die Förderung der neuen Kommunikationstechnologien. Seine „*Global Information Infrastructure*“ war angewiesen auf „starke Nationen und talentierte Menschen, die den Traum von einer besseren Zukunft verwirklichen wollen“ (Amerikadienst, hg. U.S. Information Service, Nr. 13, 10. 7. 96). Werden die Vereinigten Staaten auf diese Weise in das 21. Jahrhundert gelangen? Seit dem 6. November 1996 ist *Al Gore* ein sicherer Anwärter für die demokratische Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2000. Eine erwägenswerte Perspektive: Clinton Präsident von 1993 bis zum 20. Januar 2001, und dann gleich weiter mit *Al Gore* als 43. Präsidenten?

Es wird zunächst einmal weitergehen mit der Masse unendlicher und nahezu nicht zu bewältigender Probleme, von denen im Wahlkampf keiner gern sprach. Sicher ist, daß die Vereinigten Staaten eine Zukunft im 21. Jahrhundert haben werden, auch wenn sie sich nicht nach dem Drehbuch von Clintons Annahmerede herbeizwingen läßt. *Hermann Vogt*